

28 Seiten
2 A Seiten

Verkehrsausschuß

Protokoll

12. Sitzung (nicht öffentlich)

26. September 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaax (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Sperrung der DB-Strecke Dortmund - Kassel

1

Bericht des Ministers Kniola.

In der sich daran anschließenden Diskussion kommt der Ausschuß überein, eine Resolution an die Deutsche Bundesbahn zu dieser Sache zu senden.

2 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/1481

Ausschußprotokoll 11/308

7

Der Ausschuß kommt überein, sich mit diesem Thema erneut zu befassen, wenn die von der CDU-Fraktion

gewünschten Änderungsvorschläge schriftlich vorliegen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450
Vorlage 11/743

8

Minister Kniola führt in den Einzelplan 15 ein.

Der Ausschuß stimmt den Personaliteln des Einzelplans 15, soweit er zuständig ist, einstimmig zu.

4 Verkehrspolitische Aussagen des Prognos-Gutachtens "Energieszenarien Nordrhein-Westfalen"

Vorlagen 11/672, 11/692

13

Minister Kniola erstattet kurz Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

5 Verschiedenes

Minister Kniola zum Luftverkehrskonzept

18

Nächste Sitzung: 17. Oktober 1991

Verkehrsausschuß
12. Sitzung

26.09.1991
zi-mm

lediglich das Befremden des Ausschusses darüber zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bundesbahn vor ihrer Entscheidung weder das Verkehrsministerium noch die betroffene Region vorher angehört oder zumindest informiert habe.

Er fügt hinzu, daß er über jedes Jahr, das die Strecke eher fertig sei, froh wäre.

Abgeordnete Thomann Stahl (F.D.P.) stimmt Abgeordnetem Böse zu und regt an, daß die Mitarbeiter der Fraktionen die Resolution an die Deutsche Bundesbahn vorbereiten sollten. Darin sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß der Ausschuß mit Befremden zur Kenntnis genommen habe, daß weder das Verkehrsministerium noch die betroffenen Kommunen im Fall der Sperrung der DB-Strecke Dortmund - Kassel vorher angehört oder zumindest informiert worden seien. Der Ausschuß halte dieses Verfahren für äußerst unbefriedigend und fordere die Deutsche Bundesbahn auf, ihm darzustellen, welche Alternativen sie geprüft habe und zu welchem Ergebnis sie gekommen sei. Sie, Frau Thomann-Stahl, stelle anheim, ob die Vorschläge, die im Ausschuß genannt worden seien, in der Resolution aufgeführt werden sollten.

Abgeordneter Böse (SPD) erklärt sich damit einverstanden.

Abgeordneter Jaax (SPD) merkt an, daß bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden sollte, daß auch die Fahrpläne verbessert werden sollten.

2 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1481
Ausschußprotokoll 11/308

Abgeordneter Langen (CDU) schickt voraus, daß die Richtlinie nicht dazu führen dürfe, daß die heutigen Planungszeiträume noch weiter ausgedehnt würden. Seine Fraktion halte es daher für notwendig, am Text der Richtlinie folgende Änderungen vorzunehmen; er bitte den Minister zu prüfen, ob sie in den Text einfließen könnten:

1. Artikel 1 § 4 Abs. 2 sollte folgendermaßen ersetzt werden:

Die federführende Behörde hat Sachverständige hinzuziehen, soweit dies zur Beschleunigung des Verfahrens dient.

2. In Artikel 5 Ziffer 1 a) sollte nach dem ersten Satz "Dabei ist die Umweltverträglichkeit nach dem Stand der Planung zu prüfen" folgendes eingefügt werden:

Die Ergebnisse sind im weiteren Verfahren zugrunde zu legen.

3. In Artikel 5 Ziffer 2 sollte der letzte Satz wie folgt gefaßt werden:

Soweit bereits eine Linienbestimmung erfolgt ist, ist die Prüfung der Umweltverträglichkeit auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen des Vorhabens zu beschränken.

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola ruft in Erinnerung, daß sich der Ausschuß bei der erstmaligen Behandlung dieses Themas am 4. Juli 1991 darauf verständigt habe, daß die CDU-Fraktion die von ihr gewünschten Änderungen in einer Vorlage zusammenfasse. Eine solche Vorlage sei ihm aber nicht zugegangen, und ad hoc könne er zu den Vorschlägen nicht Stellung nehmen.

Der Ausschuß kommt überein, sich mit der Richtlinie erneut zu befassen, wenn die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion schriftlich vorliegen.

- 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450
Vorlage 11/743

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola trägt vor: